

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Marienwerder.

Nro. 28.

Marienwerder, den 9. Juli

1884.

Die Nummer 21 der Gesetz-Sammlung enthält unter
 Nr. 9001 das Gesetz, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalts-Stat für das Jahr vom 1. April 1884/85. Vom 14. Juni 1884, unter
 Nr. 9002 die Verordnung, betreffend die Abänderung der §§ 1 und 15 der Verordnung vom 11. Mai 1877 (Gesetz-Samml. S. 141 ff.), betreffend die Ausführung des Fischerei-Gesetzes für die Provinz Westpreußen. Vom 9. Juni 1884, und unter
 Nr. 9003 den Allerhöchsten Erlaß vom 6. Juni 1884, betreffend die Auflösung des königlichen Eisenbahn-Kommissariats in Breslau.

Bekanntmachungen auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878.

1) Auf Grund von § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird mit Zustimmung des Bundesraths für die Dauer eines Jahres angeordnet, was folgt:

§ 1. Personen, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung zu besorgen ist, kann der Aufenthalt in der Stadt Leipzig und in dem Bezirk der Amtshauptmannschaft Leipzig von der Landespolizeibehörde versagt werden.

§ 2. Vorstehende Anordnung tritt mit dem 29. dieses Monats in Kraft.

Dresden, am 26. Juni 1884.

Königlich sächsisches Gesamt-Ministerium.

von Fabrice. von Rostitz-Wallwitz.

von Gerber. von Abeken. von Könnert.

2) Die unterfertigte Stelle hat durch Beschluß vom Heutigen die Druckschrift „Offizieller Bericht des Londoner Generalraths, verlesen in öffentlicher Sitzung des Internationalen Kongresses“, datirt von Haag, 6. September 1872, auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 verboten.

Augsburg, den 26. Juni 1884.

Königliche Regierung von Schwaben und Neuburg,
 Kammer des Innern.

In Stellvertretung:

Frhr. von Crailsheim.

3) Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes

Ausgegeben in Marienwerder den 10. Juli 1884.

gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878/31. Mai 1880 wurde von der unterfertigten Stelle als Landespolizeibehörde mit Beschluß vom Heutigen nachstehende Druckschrift verboten:

Internationale Arbeiter-Association.
 Proklamation.

An die Arbeiter der Vereinigten Staaten
 von Nordamerika.

Pittsburg, 16. Oktober 1883.

Der internationale Sozialisten-Kongreß.

Internationale Druckerei der Freiheit.

Bayreuth, am 28. Juni 1884.

Der königliche Regierungs-Präsident.
 von Durchtorff.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

4) Bekanntmachung.

Vertrieb der Patentschriften durch die Reichs-Postanstalten.

Im Einvernehmen mit dem Reichs-Patentamt ist versuchsweise die Einrichtung getroffen worden, daß die nach Maßgabe des Reichs-Patentgesetzes zur Veröffentlichung gelangenden Beschreibungen und Zeichnungen, auf Grund deren die Ertheilung der Patente erfolgt, die sogenannten Patentschriften, welche bisher ausschließlich durch die Reichsdruckerei vertrieben wurden, auch durch Vermittelung der Reichs-Postanstalten bezogen werden können.

Es werden Bestellungen entgegengenommen auf

- a. einzelne Klassen von Patentschriften (zum fortlaufenden Bezuge aller Patentschriften einer und derselben Klasse),
- b. zwanzig oder mehr Exemplare einer bestimmten Patentschrift und
- c. einzelne Exemplare einer beliebigen Patentschrift.

Im Allgemeinen sind für die Bestellung auf Patentschriften die für den Zeitungsverkehr bestehenden Bestimmungen maßgebend. Nähere Auskunft wird von sämtlichen Reichs-Postanstalten ertheilt.

Berlin W., den 30. Juni 1884.

Der Staatssekretär des Reichs-Postamts.
 Stephan.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

5) Auf Grund des § 154 Absatz 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landes-Verwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Sammlung Seite 195) bestimme ich, unter Aufhebung meiner Anordnung vom 30. Mai 1882 (Amtsblatt Seite 170):

I. Die Gültigkeit einer gemäß § 142 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes erlassenen kreispolizeilichen Vorschrift ist bedingt durch die Beachtung der nachstehend bezeichneten Formen.

1. Die Vorschrift muß die Ueberschrift „Polizei-Verordnung“ tragen.
2. Es muß in den Eingangsworten ausdrücklich auf den § 142 des Landesverwaltungs-Gesetzes Bezug genommen sein.
3. Es muß aus den Eingangsworten hervorgehen, daß die Zustimmung des Kreis-Ausschusses erteilt ist.
4. Es muß aus den Eingangsworten — oder aus dem Text der Verordnung — hervorgehen, für welchen Geltungsbereich letztere erlassen ist.
5. Die Verordnung muß mit der Bezeichnung des Ortes, des Tages und des Jahres, an welchem sie erlassen ist, versehen sein.
6. Die Verordnung muß in schriftlicher Form erlassen sein und die Unterschrift „der Landrath“ beziehungsweise „der Landrathsamtsverwalter“ tragen.
7. Die Verkündung muß durch Veröffentlichung der ganzen Verordnung im Kreisblatt erfolgt sein.

II. Die Gültigkeit einer gemäß § 143 beziehungsweise 144 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes erlassenen ortspolizeilichen Vorschrift ist bedingt durch Beobachtung nachstehender Formen:

1. Die Vorschrift muß die Ueberschrift „Polizei-Verordnung“ tragen.
2. Es muß in den Eingangsworten ausdrücklich Bezug genommen sein:
 - a. bei den Verordnungen der städtischen Polizei-Verwalter auf den § 143 beziehungsweise 144 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes vom 30. Juli 1883,
 - b. bei den Verordnungen der Amtsvorsteher auf den § 62 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872/19. März 1881.

In Ortspolizei-Verordnungen, welche eine Strafandrohung über 9 Mark enthalten, müssen die Eingangsworte außerdem einen Hinweis auf § 144 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes und auf die erteilte Genehmigung des Herrn Regierungs-Präsidenten enthalten.

3. Es muß aus den Eingangsworten hervorgehen, daß die Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes (Magistrats) beziehungsweise des Amtsausschusses erteilt ist, oder daß diese Zustimmung durch den Kreis-Ausschuß beziehungsweise Bezirks-Ausschuß

(§ 62 Absatz 2 der Kreis-Ordnung und § 143 Absatz 1 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes) ergänzt ist, oder endlich, daß die Polizei-Vorschrift vorbehaltlich der späteren Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes (§ 143 Absatz 2 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes) erlassen ist.

4. Es muß aus den Eingangsworten — oder aus dem Text der Verordnung — hervorgehen, für welchen Geltungsbereich letztere erlassen ist.
5. Die Verordnung muß mit der Bezeichnung des Ortes, des Tages und des Jahres, an welchem sie erlassen ist, versehen sein.
6. Die Verordnung muß in schriftlicher Form erlassen sein und die Unterschrift der erlassenden Behörde: „die Polizei-Verwaltung“ beziehungsweise „der Amtsvorsteher“ tragen.
7. Die Verkündung muß entweder durch Aufnahme der ganzen Verordnung in das Kreisblatt oder durch öffentlichen Ausruf erfolgt sein. In letzterem Falle bleibt aber die Verordnung nur 4 Wochen in Kraft, sofern sie nicht innerhalb dieser Frist nachträglich in das Kreis-Blatt aufgenommen worden ist. Wenn die Verordnung sich auf eine einzelne bestimmte Dertlichkeit bezieht, wie z. B. wenn sie das Verbot des Schnellsfahrens an einer gewissen Stelle enthält, ist außer der Verkündung durch das Kreisblatt oder den öffentlichen Ausruf noch die Aufstellung einer Tafel an dem betreffenden Orte erforderlich, deren Inschrift das zu Beobachtende oder zu Unterlassende, sowie die angedrohte Strafe bestimmt und deutlich zum Ausdruck bringen muß.

Die gemäß § 143 Absatz 2 des Landes-Verwaltungs-Gesetzes erlassenen Ortspolizei-Verordnungen bleiben auch nach eingeholter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes nur dann über einen 3monatlichen Zeitraum in Kraft, wenn die nachträglich erteilte Zustimmung in derselben Weise, wie vorher die Polizei-Verordnung selbst, verkündet ist.

Marlenwerder, den 1. Juli 1884.

Der Regierungs-Präsident.

In Vertretung:
von Busch.

- 6) Die mit einem jährlichen Gehalte von 600 M. verbundene Kreiswundarzistelle des Kreises Gnesen ist sofort zu besetzen.

Geeignete Bewerber fordern wir auf, sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines Lebenslaufes binnen 4 Wochen bei uns zu melden.

Bromberg, den 26. Juni 1884.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

7) Bekanntmachung.

Zum Theil II. des Deutsch-Italienischen Güter-Tarifs (Verkehr via Brenner) vom 1. Oktober 1882 ist am 15. Juni cr. der Nachtrag III. in Kraft getreten. Derselbe enthält außer verschiedenen Aenderungen und Ergänzungen des Haupttarifs und der Nachträge I. und II. auch Ausnahmefrachtsätze für Spiritus und

Sprit in Wagenladungen von den diesseitigen Stationen Bromberg, Colberg, Cüstrin, Cüstriner Vorstadt, Danzig I. Th., Danzig h. Th., Insterburg, Königsberg i. Pr., Neufahrwasser, Pr. Stargard, Stolz und Thorn, sowie für Kartoffelmehl und Stärke in Wagenladungen von Cüstrin, Cüstriner Vorstadt, Landsberg a. W. und Schneidemühl.

im Nachtrag I. zum Theil II., Heft 2 des Rumänisch-Deutschen Verbandtarifs enthaltenen Ausnahmetarife für den Transport von Mais ab Galizischen und Rumänischen Stationen nach Stationen der Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen bleiben bis ult. Juli cr. in Geltung.

Bromberg, den 30. Juni 1884.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

Näheres ist bei diesen Stationen in Erfahrung zu bringen.

Bromberg, den 27. Juni 1884.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

9) Vom 1. Juli d. Jz. berechtigen die zweitägigen Retourbillets auch ohne weitere Zulösung zur Benutzung der Kourierzüge 3 und 4 in der betreffenden Klasse.

Bromberg, den 29. Juni 1884.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

8) Die in den Nachträgen III. und V. zum Tarifheft 2 des Galizisch-Norddeutschen Getreidetarifs bzw.

10) In Folge der Bestimmung des § 38 des Statuts der Neuen Westpreussischen Landschaft machen wir hiermit bekannt, daß wir bei der von uns vorgenommenen Kassenrevision folgende Bestände vorgefunden haben:

1. beim Zinsenfond	83.842	M. 17	§
2. = Tilgungsfond	1.784.515	= 64	=
3. = Sicherheitsfond	2.319.408	= 75	=
4. = Betriebsfond	695.668	= 83	=
5. = Salarienfond	845.498	= 05	=
überhaupt	5.728.933	M. 44	§

Die Bestände bestehen in:

a. 4 % Pfandbriefen	5 524.920	M.	
b. 4 % Centralpfandbriefen	79.300	=	
c. baar	124.713	= 44	Pf.
wie vor	5.728.933	M. 44	§

Das eigenthümliche Vermögen des Instituts beträgt jetzt:

im Sicherheitsfond	2.319.408	M. 75	§
= Betriebsfond	695.668	M. 83	§
und	300.000	=	

Beitrag zu dem Grundkapitale der Westpreussischen Landschaftlichen Darlehnskasse zu Danzig

zusammen	995.668	M. 83	§
überhaupt	3.315.077	M. 58	§

Dasselbe hat dagegen am 20. Mai 1883 betragen:

im Sicherheitsfond	2.059.914	M. 11	§
im Betriebsfond	926.497	= 03	=
zusammen	2.986.411	M. 14	§
	328.666	M. 44	§

Es hat sich hiernach vermehrt um und beträgt jetzt also $4\frac{1}{2}$ Prozent und unter Hinzurechnung des Tilgungsfonds und Salarienfonds mit 2.630.013 M. 69 § — $7\frac{1}{2}$ Prozent der kursirenden Pfandbrieffschuld.

Am 20. Mai 1884 waren ausgefertigt und in Kurs gesetzt:

Pfandbriefe à 4 %	73.052.710	M.	
Centralpfandbriefe à 4 %	1.972.350	=	
überhaupt	75.025.060	M.	

Dagegen kursirten am 20. Mai 1883:

Pfandbriefe à 4 und $4\frac{1}{2}$ %	68.323.140	M.	
Centralpfandbriefe à 4 %	1.722.750	=	
=	70.045.890	M.	
	4.979.170	M.	

Das Pfandbriefskapital hat sich hiernach vermehrt um

Marienwerder, den 28. Mai 1884.

Der Engere Ausschuß der Neuen Westpreussischen Landschaft.

v. Körber. Rüß. Riemeyer. Fr. Föding. M. Leinweber.

11) Am 10. Juli d. J. kommt auf der Strecke Insterburg-Tilsit-Memel folgender Fahrplan zur Einführung:

Personen- Zug 121	Gem. Zug 125	Personen- Zug 123	Stationen.			Personen- Zug 122	Personen- Zug 124	Gem. Zug 126
Vorm.	Vorm.	Nachm.				Vorm.	Nachm.	Nachm.
4.56	10.1	3.42	Abf.	Insterburg	Anf.	9.12	2.28	9.42
5.30	10.51	4.16	"	Grünheide	Abf.	8.40	1.56	8.58
5.49	11.20	4.35	"	Szillen	"	8.21	1.37	8.32
6.3	11.38	4.49	"	Argeningken	"	8.7	1.23	8.14
6.22	12.4	5.8	Anf.	Tilsit	"	7.46	1.2	7.46
6.32	12.24	5.16	Abf.	"	Anf.	7.36	12.54	7.26
6.47	12.43	5.28	"	Bogegen	Abf.	7.23	12.43	7.11
7.4	1.4	5.43	"	Stonischken	"	7.3	12.27	6.44
7.18	1.22	5.55	"	Jon Rugeleit	"	6.48	12.14	6.22
7.28	1.35	6.4	"	Zugnaten	"	6.36	12.4	6.8
7.47	1.59	6.21	"	Heidekrug	"	6.22	11.52	5.42
8.5	2.23	6.37	"	Kuforeiten	"	5.57	11.29	5.3
8.16	2.37	6.47	"	Wilfieten	"	5.46	11.19	4.47
8.31	2.54	7.0	"	Prötkuls	"	5.33	11.7	4.31
8.51	3.18	7.17	"	Carlsberg	"	5.14	10.50	4.4
9.3	3.34	7.28	Anf.	Memel	"	5.0	10.38	3.46
Vorm.	Nachm.	Nachm.				Vorm.	Vorm.	Nachm.

Die Fahrzeiten der Richtung Memel-Insterburg (rechts) sind von unten nach oben zu lesen.
Die Züge führen sämtlich I.—IV. Wagenklasse.

Bromberg, den 26. Juni 1884.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

12) Am 15. Juli d. J. wird die Eisenbahn-Halte-
stelle Melno (zwischen Graudenz und Jablonowo) für
den Privatbespessenverkehr mit beschränktem Tagesdienst
eröffnet. Die Annahme und das Austragen der Be-
spessen findet während der Zeit von 7 bis 12 Uhr
Vormittags und 2 bis 6 Uhr Nachmittags statt.

Bromberg, den 28. Juni 1884.

Königliche Eisenbahn-Direktion.

13) Bekanntmachung.

In Folge Ueberganges der Tilsit-Insterburger
Bahn in die diesseitige Verwaltung treten vom 1. Sep-
tember 1884 ab für den Eisenbahn-Direktions-Bezirk
Bromberg

- a. der X. Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförde-
rung von Personen und Reisegepäck vom 1. August
1881,
- b. der II. Nachtrag zum Lokaltarif für die Beförde-
rung von Leichen, Fahrzeugen und lebenden
Thieren vom 1. Januar 1880, II. Auflage,
- c. der IV. Nachtrag zum Lokal-Güter-Tarif vom
1. Juli 1880, II. Auflage,
- d. der IV. Nachtrag zum Kilometerzeiger zur Be-
rechnung der Preise für die Beförderung von:
 - a. Personen, Reisegepäck und Hunden,
 - b. Leichen, Fahrzeugen und lebenden Thieren,
 - c. Eil- und Frachtgütern vom 15. August
1883

in Kraft, enthaltend die Einbeziehung der Stationen
der Tilsit-Insterburger Eisenbahn in den Verkehr mit

sämtlichen diesseitigen Stationen. Durch die Ein-
rechnung der Staatsbahntarife treten erhebliche Ermässi-
gungen der Tariffätze für den gesamten Verkehr mit
den Stationen der Strecke Insterburg-Memel ein; nur
in wenigen Relationen des Billet-Verkehrs erhöhen sich
die Preise einzelner Klassen um 10 Pf. pro Billet.
Ungleich erhöhen sich die Entfernungen einzelner bis-
heriger Relationen in Folge Berichtigung von Druck-
fehlern.

Durch die Einführung der vorbezeichneten Nach-
träge werden folgende Tarife aufgehoben:

1. die Lokal-Tarife der Tilsit-Insterburger Bahn,
und zwar:
 - a. für die Beförderung von Personen und
Reisegepäck vom 1. April 1880,
 - b. für die Beförderung von Leichen, Fahrzeugen
und lebenden Thieren vom 1. Januar 1880,
 - c. für die Beförderung von Eil- und Fracht-
gütern vom 1. August 1877,
2. der Tarif für den direkten Verkehr von Personen,
Reisegepäck, Leichen und Fahrzeugen zwischen
Stationen der Königlichen Ostbahn einerseits und
Stationen der Tilsit-Insterburger Bahn anderer-
seits, bezw. zwischen Ostbahn-Stationen via Tilsit-
Insterburger Bahn vom 1. Februar 1876,
3. der Tarif für die Beförderung lebender Thiere
zwischen den Stationen und Haltestellen der Strecke
Tilsit-Memel der Königlichen Ostbahn einerseits
und der Station Insterburg der Tilsit-Inster-

burger Bahn andererseits, sowie zwischen den Stationen und Haltestellen der Strecke Tilsit-Memel der Königlich Ostbahn und Station Tilsit der Tilsit-Insterburger Bahn einerseits und den Stationen Königsberg und Berlin der Königlich Ostbahn andererseits vom 1. August 1877,

4. der Anhang zum Gütertarif für den Verkehr zwischen sämtlichen Stationen des Eisenbahn-Direktionsbezirks Bromberg untereinander, sowie für den Verkehr sämtlicher Stationen des Direktionsbezirks mit den Stationen der Berliner Verbindungsbahn und mit den Berliner Bahnhöfen der anderen in Berlin mündenden Bahnen einschließlich des Transits über die Ostpreussische Süd-, Marienburg-Mlawkaer und Oberschlesische Bahn vom 1. Juli 1880, II. Auflage, giltig vom 1. April 1882, nebst sämtlichen zu diesen Tarifen erschienenen Nachträgen.

Ueber die Höhe der neuen Tariffätze geben sämtliche Expeditionen unseres Verwaltungsbezirks Auskunft.

Bromberg, den 1. Juli 1884.

Königliche Eisenbahn-Direktion

14) Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Kreis-Ausschuß des Kreises Schlochau in seiner Sitzung am 14. Juni cr. die Abzweigung des 40,142 Hektar großen Vorwerks Haberland von dem forstfiskalischen Gutsbezirk Zanderbrück und dessen Zulegung zu dem Gemeindebezirk Briesnitz bei dem Einverständnis aller Theilnehmenden gemäß § 25 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 genehmigt hat.

Schlochau, den 16. Juni 1884.

Namens des Kreis-Ausschusses,

Der Landrath.

Scheffer.

15) Ausweisung von Ausländern aus dem Reichsgebiete.

a. Auf Grund des § 39 des Strafgesetzbuchs:

1. Israel Janowski, Bäckergehilfe, geb. am 1. Mai 1859 zu Grodno, Rußland, ebendasselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Königsberg i./Pr., wegen versuchten Raubdes (6 Jahre Zuchthaus laut Erkenntniß vom 20. Juni 1878), vom Königlich preussischen Regierungs-Präsidenten zu Gumbinnen, vom 14. Juni d. J.
2. Göbel (August) Manne, Handelsmann, 42 Jahre alt, geboren und ortsangehörig in Krakau, Galizien, wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle (1 Jahr 6 Monate Zuchthaus laut Erkenntniß vom 4. Januar 1883), von der Königlich preuss. Regierung zu Posen, vom 18. Juni d. J.

b. Auf Grund des § 362 des Strafgesetzbuchs:

3. Moriz Rosenberg, Maler, geboren am 9. März 1855 zu Groß-Wardein, Ungarn, ebendasselbst ortsangehörig, wegen Landstreichens, Bettelns und Ge-

brauchs gefälschter Papiere, vom Königlich preuss. Regierungs-Präsidenten zu Stettin, vom 13. Juni d. J.

4. Johann Dreiser, Färber, geboren am 24. Juli 1860 zu Sternberg, Bezirk Olmütz, Mähren, ebendasselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Hameln, wegen Landstreichens und Bettelns, von der Königlich preuss. Landdrostei Hannover, vom 27. Mai d. J.
5. Carl Johann Pitterson (Peterson), Arbeiter, geb. am 12. Februar 1855 zu Hörlanda, Schweden, ebendasselbst ortsangehörig, wegen Landstreichens und Diebstahls, von der Königlich preuss. Regierung zu Schleswig, vom 6. Mai d. J.
6. Franz Krause, Webergehilfe, 40 Jahre alt, geb. und ortsangehörig in Schönbach, Bezirk Gabel, Böhmen, wegen Bettelns im wiederholten Rückfalle und Majestätsbeleidigung, von dem Stadtmagistrat Nürnberg, Bayern, vom 8. Januar d. J.
7. Ottokar Moser, Bäcker, geb. 1855 zu Budweis, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, wegen Landstreichens, Angabe eines falschen Namens und Legitimationsfälschung, vom Stadtmagistrat Rosenheim, Bayern, vom 30. Mai d. J.
8. Jakob Infeld, Tagelöhner, 20 Jahre alt, geboren und ortsangehörig zu Lendorf, Bezirk Spital, Kärnten, wegen Landstreichens und Angabe eines falschen Namens, von dem Königlich bayerischen Bezirksamt Traunstein, vom 4. Juni d. J.
9. Josef Pieringer, Kutscher, geb. am 28. Oktober 1856 zu Hloßbach, Bezirk Braunau, Böhmen, ebendasselbst ortsangehörig, wegen Landstreichens und Angabe eines falschen Namens, von dem Königlich bayerischen Bezirksamt Miesbach, vom 6. Juni d. J.
10. Adam Holler, Bäcker, geboren am 12. Dezember 1840 zu Wersch, Provinz Limburg, Niederlande, ebendasselbst ortsangehörig, zuletzt wohnhaft in Feuchtwangen, Bayern, wegen Landstreichens, von dem Königl. bayerischen Bezirksamt Feuchtwangen, vom 9. Juni d. J.
11. Josef Alber, Bäckergehilfe, geb. am 20. November 1866 zu Rothberg, Bezirk Tetschen, Böhmen, ortsangehörig in Röhrsdorf, Bezirk Zwickau, Böhmen, wegen Landstreichens, Beleidigung und ruhestörenden Lärms, von der Königlich sächsischen Kreishauptmannschaft Zwickau, vom 24. Mai d. J.
12. Aron Wischewsky, Schuhmacher, geboren 1861 zu Raiva, Gouvernement Warschau, Russisch-Polen, ebendasselbst ortsangehörig, wegen Landstreichens, vom Großherzoglich hessischen Kreisamt Worms, vom 9. Juni d. J.
13. Johann Kenggli, Dachdecker, geb. am 23. Mai 1866 zu Etikon, Kanton Luzern, Schweiz, ebendasselbst ortsangehörig, wegen Landstreichens, vom Kaiserlichen Bezirks-Präsidenten zu Colmar, vom 9. Mai d. J.
14. Luigi Gregori, Tagelöhner, geboren am 4. Juli

1857 zu Andogna, Bezirk Tione, Tirol, ebendas. ostzangehörig, wegen Landstreichens, vom Kaiserl. Bezirks-Präsidenten zu Colmar, vom 5. Juni d. J.

16) Personal-Chronik.

Der Herr Finanz-Minister hat dem seitherigen Kreis-Sekretär Grünberg in Thorn die Stelle des Kreissteuer-Einnehmers zu Stuhm vom 1. Juli d. Js. ab, einstweilen unter dem Vorbehalte des jederzeitigen Widerrufs, verliehen.

Der Kreisschulinspektor Uhl in Konig ist vom 10. Juli cr. bis 21. August cr. beurlaubt. Seine Vertretung für diese Zeit hat Herr Pfarrer Hammer in Konig übernommen.

Der Rittergutsbesitzer Wilhelm Schneider zu Abl. Schroz ist zum Stellvertreter des Amtsvorstehers des Amtsbezirks Schroz, Kreis Dt. Krone, ernannt.

Die Lokalaufsicht über die Schulen zu Swirczyn, Romini, Choyno, Karbomo-Zmiewo und Lemberg ist dem Pfarrer Haß in Strassburg übertragen und der bisherige Lokalschulinspektor, Kreisschulinspektor Bajohr zu Strassburg, von diesem Amte entbunden worden.

Der Bureaugehilfe Quast ist von der Funktion als ständiger Vertreter des Amtsanwalts bei dem königlichen Amtsgericht in Dt. Krone wieder entbunden.

Personal-Veränderungen im Departement des Königl. Oberlandesgerichts zu Marienwerder pro Monat Juni 1884.

Ernannt: 1) der Landgerichts-Rath Pütter in Greifswald zum Oberlandesgerichts-Rath bei dem Oberlandesgerichte hieselbst,

2) die Referendarien Glückmann, Arthur Schulz und Dr. Eichbaum zu Gerichtsassessoren. Dieselben sind den Amtsgerichten in Thorn, beziehungsweise Strassburg Wpr. und Culm zur Beschäftigung überwiesen,

3) der Rechtskandidat Leiser zum Referendarius. Derselbe ist dem Amtsgerichte in Kulmsee zur Beschäftigung überwiesen,

4) der diätarische Gerichtsschreibergehilfe August Wawrowski in Graudenz zum etatsmäßigen Gerichtsschreibergehilfen daselbst,

5) der Gerichtsvollzieher kraft Auftrags Friedrich Wilhelm Hefse zum etatsmäßigen Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgerichte in Flatow.

Versezt: der Oberlandesgerichts-Rath Strütki von hier als Kammergerichts-Rath an das Kammergericht Berlin.

Zugelassen: die Gerichts-Assessoren Dr. jur. Vogel und Wiener unter Entlassung aus dem Justizdienste zur Rechtsanwaltschaft, Ersterer bei dem Landgerichte in Konig, Letzterer bei dem in Graudenz.

Pensionirt: der Gerichtsschreibergehilfe, Kanzlei-Sekretär Kapelle beim Amtsgerichte in Thorn auf seinen Antrag.

17) Erledigte Schulstellen.

Die Schullehrerstelle zu Holländerei Grabia ist erledigt. Lehrer evangelischer Konfession, welche sich um dieselbe bewerben wollen, haben sich, unter Einsendung ihrer Zeugnisse, bei dem Ortsvorstande zu Grabia zu melden.

(Hterzu der Oeffentliche Anzeiger Nro. 28.)